

teiligen, in dem Privatunternehmen Anteile an Staatsunternehmen kaufen, diese pachten oder völlig übernehmen. (XNA, 22.7.97)

Neben den Privatunternehmen spielen die Unternehmen mit ausländischem Kapital eine wichtige Rolle für die Umstrukturierung der Shanghaier Wirtschaft. Die Anzahl dieser Unternehmen ist inzwischen nach Angaben des Statistikamtes in Shanghai auf 4.020 gestiegen. Bis Ende Juni wurden 16.420 Unternehmen mit Auslandskapital genehmigt.

Im letzten Jahr trugen die Unternehmen mit 170 Mrd. Yuan bzw. mit 34,4% zum Industrieoutput der Stadt bei; Steuern und Gewinne beliefen sich auf 16,9 Mrd. Yuan. Insgesamt beschäftigten die Unternehmen mit Auslandskapital 588.000 Arbeitskräfte. Der Hauptteil dieser Unternehmen ist in den Bereichen Textilien, Elektronik, Telekommunikation, Nahrungsmittel und Chemie zu finden. (XNA, 27.7.97) -schü-

ten Martin Lee zu lauschen, noch der in Hongkong verbliebenen Dissidenten.

Nicht einmal Taiwan hat ein Haar in der Suppe finden können, ja die Rückgabe Hongkongs sogar als „Ende der Schmach“ gefeiert. In der Übergabenacht zum 1. Juli gab es in Taipei sogar eine Pro-Peking-Demonstration, nämlich des „Bündnisses für Wiedervereinigung“, das allerdings ein Einzelfall blieb, während zur gleichen Zeit zahlreiche Gegendemonstrationen stattfanden.

Gleichwohl haben sich hinter den Kulissen bereits zahlreiche kleinere Reibungen ergeben, die vor allem rechtliche Fragen aufwerfen:

- *Ist das Provisorische Parlament rechtmäßig?*

Als brisantestes Signal tauchte eine Klage gegen die Rechtmäßigkeit des im Dezember 1996 auf Betreiben Beijings eingesetzten Provisorischen Parlaments (PP) auf. Zwar wurde diese Klage am 29.7. abgewiesen und damit das PP für rechtmäßig erklärt. Wäre das Urteil freilich anders ausgefallen, hätte eine tiefe Verfassungskrise gedroht.

Auslöser für Zweifel an der Rechtmäßigkeit des PP waren neue Erlasse des Provisorischen Parlaments, das u.a. die Einwanderungsbestimmungen geändert hatte. Gerade anlässlich der Übergabe der Stadt hatten zahlreiche Chinesen vom Festland Zuflucht in der einstigen Kronkolonie gesucht. Das PP erließ jedoch ein Gesetz, das besagte, die betreffenden Personen könnten ihr verfassungsgemäßes Aufenthaltsrecht nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie zuvor eine Genehmigung der chinesischen Behörden erhalten hätten.

Die Abgeordneten begründeten diesen Schritt damit, daß sie Hongkong vor einer Flut von Einwanderern und vor dem Zusammenbruch seiner Infrastruktur schützen müßten, zumal weitere 66.000 Kinder Hongkonger Väter jenseits der chinesischen Grenze noch auf ihre Zuwanderung nach Hongkong warteten. Hinzu kämen Zehntausende von chinesischen Frauen, die zu ihren Hongkonger Ehemännern oder Verlobten ziehen wollten. Insgesamt habe es die 6,4 Mio.-Metropole mit rund 130.000 potentiellen Einwanderern zu tun.

Auch die USA wiesen übrigens darauf hin, daß sie keine Gesetze anerkennen wollten, die vom PP erlassen würden. (SCMP, 11.7.97.)

- *Wie ist gegen Delikte der VBA zu verfahren?*

Eine weitere Grundsatzfrage tauchte im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall auf, der sich am 21. Juli in Hongkong ereignet hatte und an dem ein Fahrzeug beteiligt war, das sich im nachhinein als Garnisonsfahrzeug der VBA herausstellte.

Nach dem Garnisonsgesetz soll den lokalen Hongkonger Gerichten keine Jurisdiktion über Fälle zustehen, in die VBA-Truppen bei Ausübung ihres Dienstes verwickelt sind. Klagen können hier nur vor dem Obersten Volksgericht in Beijing eingereicht werden. (SCMP, 23.7.97.)

Die Hongkonger Bevölkerung hat sich immer schon höchst ungehalten über die Gewährung von Sonderrechten geäußert. Gerade in einer „Kronkolonie“ pflegte man hier besonders empfindlich zu sein. Möglicherweise entwickeln sich hier gegenüber der VBA neue Idiosynkrasien.

Die Frage wird sich so schnell nicht verdrängen lassen, wie die Polizei künftig mit VBA-Angehörigen verfahren soll, die sich nicht an die Gesetze halten. (SCMP, 7.7.97.) Bisher gibt es hierfür nur truppeninterne Regeln, auf die sich die Hongkonger Polizei jedoch nicht berufen kann!

- *Privilegien für volksrepublikanische Medien?*

Weiteren Ärger gab es angesichts einer Vorzugsbehandlung des Zentralchinesischen Fernsehens anlässlich einer Besprechung zwischen Gouverneur Tung Chee-hwa und dem VBA-Garnisonskommandanten, Generalmajor Liu Zhenwu, am 7.7.97.

Nachdem das lokale Fernsehen und die lokale Presse gegen die Benachteiligung beim Zugang zu der Konferenz energisch protestiert hatten, gab Dong Jianhua über einen Sprecher bekannt, daß sich ein solcher Vorfall in Zukunft nicht wiederhole. (SCMP, 8.7.97.) Am 23. Juli verkündete das Garnisonskommando, daß eine eigene Pressestelle eingerichtet werde, die den Kontakt mit der Öffentlichkeit pflegen solle (*Wenweipo* in SWB, 26.7.97) - offensichtlich war dies eine Reaktion auf die wenige Tage vorher geäußerte Kritik der Hongkonger Presse.

- *Diplomatische Privilegien für VR-Repräsentanten?*

Im „rechtsleeren“ Raum spielte sich nach Auffassung vieler Hongkonger auch der Bau der Filiale des chinesischen Außenministeriums in Hong-

SVR Hongkong

25 Die ersten heiklen Rechtsfragen tauchen auf

Wie von der VR China seit langem versprochen, hat sich in Hongkong nach der Übergabe von Anfang Juli wenig geändert: Die Pferderennen gehen weiter, Stabilität wird wie eh und je als kostbarstes Gut gehütet und nicht eine einzige VBA-Patrouille ist auf den Straßen zu sehen. Die neue Militärbesatzung, die an die Stelle der alten Gurkha-Battalione der Britischen Armee getreten sind, verbleiben in den ihnen überlassen Kasernen. Die Gouverneursresidenz steht leer und wartet noch auf Entscheidungen über die künftige Weiterverwendung. Straßen- und Gebäudenamen sind noch dieselben wie vor der Übergabe. Die Fernsehnachrichten werden von den gleichen Moderatoren präsentiert und auch beim lokalen Rundfunk hat es keine Umbesetzungen gegeben.

Auch hat nirgends bisher eine Verfolgung politischer Gegner stattgefunden, und zwar weder der Demonstranten, die sich am 1. Juli vor dem Zentralgericht versammelt hatten, um einer Rede des Oppositionsabgeordnete-

kong ab. Als es kurz vor der Fertigstellung des Gebäudes zu übermäßig großer Geräuschentwicklung kam, hatten einige Nachbarn Klage erhoben; sie erhielten jedoch von der Polizei den Bescheid, daß man nichts machen könne, da das Gebäude ja diplomatisch privilegiert sei. (SCMP, 8.7.97.) In dem Gebäude sollen künftig 120 Mitarbeiter tätig sein. Gerüchteweise heißt es jedoch, daß mindestens 300 Personen dort einziehen; was die 180 zusätzlichen Personen dort wohl zu suchen hätten!? (Ebd.)

Geräuschentwicklung kann auch groteske Auswirkungen zur Folge haben: als es in der Nacht der Übergabe in einigen Straßen Hongkongs zu Protesten kam und dort u.a. auch Rufe wie „Nieder mit Li Peng“ ertönten, ließ die örtliche Polizei die Protestrufe mit Beethovenmusik übertönen, und zwar mit einer Aufnahme der Deutschen Grammophon und den Wiener Philharmonikern unter Leonard Bernstein. In der Zwischenzeit hat die Phonographic Performance (Southeast Asia), die über die Lizenzrechte der DG zu wachen hat, bei der Hongkonger Polizei eine Rechnung von 2.200 US\$ präsentiert. (SCMP, 13.7.97.)

- *Richter ohne Chinesischkenntnisse?* Kleinere Konflikte gab es mittlerweile auch im Hinblick auf die Richterschaft. Obwohl aufgrund des Grundgesetzes von 1990 auch Ausländer, vor allem Briten, nach wie vor beschäftigt werden sollen, heißt es mittlerweile doch, daß Richter, die nur des Englischen, nicht aber des Chinesischen mächtig sind, doch bitte ihre Stellung aufgeben sollen. (SCMP, 14.7.97.)

- *Grundrechtseinschränkungen aus Gründen der „nationalen Sicherheit“?* Am 18. Juli wurde die Hongkonger Polizei von der Regierung beauftragt, Proteste politischer Gruppen künftig zu verhindern, wenn Gründe der „nationalen Sicherheit“ dies geboten erscheinen ließen. Dong Jianhua begründete diese von ihm herausgegebene Richtlinie damit, daß es nötig sei, das „Konzept der nationalen Sicherheit klarzustellen“. Die Sicherheit sei u.a. dann in Frage gestellt, wenn bei Protesten die Abtrennung Taiwans oder Hongkongs von der VR China gefordert werde.

Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen waren vom PP noch vor der Übergabe erlassen worden und am 1. Juli in Kraft getreten. (SCMP, 19./20.7.97.) Die Frage, ob Demonstrationen mit Hinweis auf die „nationale Sicherheit“ eingeschränkt werden

können, dürfte zu einem Gegenstand noch vieler Kontroversen werden.

- *Stellung der Taiwaner Landsleute?* Nicht zuletzt haben auch die Taiwaner Landsleute erste Schwierigkeiten zu spüren bekommen. Sie müssen ja nach altetabliertem Brauch für die Einreise nach Hongkong Visen beantragen. Bis 25. Juli hatte es bereits zwei Fälle von Ablehnung gegeben. Früher hatten Bewohner Taiwans von den britischen Behörden Zwei-Wochen-Visen erhalten. Mittlerweile sind die Behörden jedoch dazu übergegangen, nur noch Visen für zwei Tage zu erteilen, ohne daß dafür Gründe angegeben worden wären. (SCMP, 25.7.97.) -we-

26 Beijing gibt Dong Jianhua politischen Spielraum: Kompetenzen der Xinhua-Zweigstelle eingegrenzt

SVR-Verwaltungsdirektor Dong Jianhua (Tung Chee-hwa) genießt offenbar das Vertrauen der Beijinger Zentralregierung: Die Reorganisation der Hongkong-politischen Organe der chinesischen Regierung deutet darauf hin, daß Beijing der SVR-Regierung zumindest vorerst größere Handlungsspielräume gewähren will, als bislang zu erwarten war.

Dies wird vor allem in der jüngst auf Weisung Jiang Zemins vorgenommenen Kompetenzeingrenzung der Zweigstelle der Nachrichtenagentur Xinhua deutlich. Die Zweigstelle der offiziellen chinesischen Nachrichtenagentur diente unter der britischen Kolonialherrschaft als Mantelorganisation für das Hongkong- und Macau-Arbeitskomitee der Kommunistischen Partei Chinas und war mit umfassenden politischen Aufsichts- und Kontrollbefugnissen ausgestattet. Dieses Organ befindet sich derzeit inmitten einer umfassenden Reorganisation. Unter dem Ende Juli offiziell ernannten neuen Leiter Jiang Enzhu (Xinhua, Beijing, 25.7.1997), einem professionellen Diplomaten im stellvertretenden Ministerrang (der damit eine Rangstufe niedriger als Dong Jianhua plazierte ist), soll das bisherige KP-Arbeitskomitee nur noch die Funktionen einer Parteiorganisation der in Hongkong operierenden chinesischen Unternehmen wahrnehmen. Ein Drittel der insgesamt 30 Abteilungen wird aufgelöst, das Personal zum Teil in die offizielle Vertretung des chinesischen Außenministeriums in Hongkong (unter Leitung von Ma Yuzhen)

integriert. (Kyodo News Service, Tokyo, 12.7.1997, nach SWB, 14.7.1997).

Zwar würden mit dieser Reorganisation sämtliche Parteizellen der in Hongkong ansässigen chinesischen Tochterunternehmen der Aufsicht durch ein neu formiertes Parteiorgan unterstellt. Die bisherigen zentralen politischen Funktionen etwa in Personal- und „Einheitsfront“-Fragen (einschließlich der Kontakte zu Beijing-nahen Organisationen und Persönlichkeiten in Hongkong) gingen jedoch verloren: Die Xinhua-Zweigstelle soll offenbar nicht mehr als politisches Sprachrohr Beijings in Hongkong fungieren und nicht mehr durch eigene politische Vorstöße und Verlautbarungen in die Tagesgeschäfte der Hongkonger Verwaltung eingreifen. (SCMP, 30.7.1997; *Wen Wei Po*, 4.7.1997, nach SWB, 5.7.1997)

Dem wichtigsten ressortübergreifenden Koordinationsorgan der Beijinger Hongkong-Politik, dem Staatsratsbüro für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten, ist in der neuen Hongkong-politischen Struktur die Rolle eines „Torwächters“ zugeordnet: Das Staatsratsbüro wird dafür verantwortlich sein, unerwünschte Interventionen vonseiten einzelner Ministerien oder Provinzregierungen in die SVR Hongkong zu überwachen und zu verhindern. Liao Hui, der Nachfolger von Lu Ping als Leiter des Hongkong- und Macau-Büros (*Dagongbao*, Hongkong, 9.7.1997, nach SWB, 11.7.1997), ist jedoch aufgrund einer fehlenden Machtbasis eher als politisches Leichtgewicht einzuschätzen.

Einen weniger bedeutenden Kompetenzgewinn für die SVR-Administration stellt neben diesen organisatorischen Maßnahmen Beijings ein Dokument des chinesischen Außenministeriums dar, mit dem die SVR ermächtigt wird, bilaterale Abkommen in den Bereichen der Zivilluftfahrt, der Investitionsförderung und in der Auslieferung von Verbrechern abzuschließen. Das Dokument wurde vom Hongkong-Kommissar des chinesischen Außenministeriums, Ma Yuzhen, an Dong Jianhua übergeben. Ma nutzte die Gelegenheit, um die Kompetenzen der Vertretung des chinesischen Außenministeriums in Hongkong darzulegen: Die Vertretung werde sich ausschließlich mit den diplomatischen Angelegenheiten befassen, die in die Kompetenz des chinesischen Außenministeriums fielen, und außerdem als ständiger Kommunikationskanal zwischen Außenministerium und SVR-Administration die-

nen. Die Vertretung des chinesischen Außenministeriums werde mit der SVR-Administration eine Arbeitsbeziehung auf der Basis „gegenseitigen Respekts und enger Kooperation“ unterhalten. Die Ziele beider Stellen in der Förderung der internationalen Beziehungen Hongkongs seien „identisch“. (*Wen Wei Po*, 8.7.1997, nach SWB, 9.7.1997)

Die Aussichten der SVR Hongkong auf einen höheren Grad an Autonomie, als ihn andere Verwaltungseinheiten der VR China genießen, haben sich mit diesen neuen Maßnahmen der Beijinger Regierung vorläufig verbessert. Es sind aber nicht chinesische Stellen allein, die über den tatsächlichen Grad an Autonomie für Hongkong entscheiden. Sollten Hongkonger Unternehmen, Verbände und sonstige Organisationen wie in den letzten Jahren der britischen Kolonialära fortfahren, an der Hongkonger Regierung vorbei Direktkontakte zu mächtigen Persönlichkeiten und Organisationen in der VR China zu unterhalten, so werden chinesische Eingriffe in das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben Hongkongs über diese Kanäle eine wachsende Rolle spielen und die Autorität der SVR-Administration schwächen. Die Autonomiechancen Hongkongs hängen nicht nur vom guten Willen der Beijinger Zentralregierung ab, sondern auch davon, daß die Hongkonger selbst ihre eigene Regierung ernst nehmen. -hei-

27 Revision von arbeitsrechtlichen Verordnungen der Kolonialära

Die Regierung der SVR Hongkong hat zwei Wochen nach ihrer Vereidigung im Bereich des Arbeitsrechts substantielle Revisionen vorgenommen. Mit Zustimmung des Provisorischen Legislativrates wurden am 16. Juli vier arbeitsrechtliche Verordnungen außer Kraft gesetzt, die von der einstigen Kolonialverwaltung noch kurz vor dem Souveränitätswechsel erlassen worden waren. (IHT, 17.7.1997)

Die SVR-Regierung unter Verwaltungsdirektor Dong Jianhua hatte dem von Beijing berufenen Provisorischen Legislativrat insgesamt sieben Verordnungen zur Außerkraftsetzung vorgelegt. Begründet wurde dies damit, daß die betreffenden Verordnungen schädlich für die Wettbewerbsfähigkeit der Hongkonger Wirtschaft seien. Die Regierung beabsich-

tige, bis November eigene Entwürfe zur Reform des Arbeitsrechts vorzulegen.

Der Provisorische Legislativrat gab seine Zustimmung nur für die Suspendierung von vier Verordnungen, die insbesondere Arbeitnehmerrechte (Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie diverse Bestimmungen zum Individualschutz der Arbeitnehmer) regelten. Einige Hongkonger Gewerkschaften traten zwar vehement gegen die Rücknahme der Arbeitsrechtsreformen ein, konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Überraschend hielt der Legislativrat dennoch drei Verordnungen (über Entschädigung im Falle von berufsbedingter Taubheit, über die Einführung des Maifeiertages und über Landgewinnungsmaßnahmen) aufrecht, die zur Suspendierung vorgeschlagen waren. -hei-

28 Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der „nationalen Sicherheit“

Gleich in seiner ersten Sitzung am 1. Juli billigte der Provisorische Legislativrat allgemeine Bestimmungen über die öffentliche Ordnung und die „nationale Sicherheit“, deren Verabschiedung im Grundgesetz für die SVR Hongkong verlangt wird. Der Schutz der territorialen Integrität und Souveränität sowie der Staatssymbole der VR China soll durch die neue Rechtsetzung gewährleistet werden.

Die Bestimmungen über die „nationale Sicherheit“ wurden in neuen Polizeirichtlinien zur Handhabung politischer Kundgebungen, die am 18. Juli von der SVR-Regierung erlassen wurden, konkretisiert. Entscheidendes Kriterium für das Verbot einer Demonstration ist nach diesen Richtlinien, ob von den Organisatoren einer Demonstration die Sezession Hongkongs von der VR China oder aber die Unabhängigkeit Taiwans oder Tibets gefordert werden. Auch kann die Polizei künftig die SVR-Regierung auffordern, politischen Gruppen, die als Gefahr für die nationale Sicherheit eingeschätzt werden, die offizielle Registrierung und damit die legale Operationsbasis zu entziehen. (IHT, 19.7.1997)

Anfang Juli hatte der Provisorische Legislativrat auch Bestimmungen gebilligt, die ein Verbot der Finanzierung von politischen Parteien durch ausländische Geldgeber vorsehen. Diese Bestimmung trifft nach all-

gemeiner Einschätzung insbesondere die demokratische Opposition Hongkongs, die sich zu einem erheblichen Teil auf Spenden aus dem Ausland stützt. -hei-

29 Priorität für das Bildungswesen

Der neue Regierungschef der SVR Hongkong, Dong Jianhua, will dem Ausbau des Bildungswesens Priorität einräumen, wie er zum Abschluß einer einwöchigen, von verschiedenen Universitäten organisierten Veranstaltung zum Thema „Hongkong auf Bildung bauen“ verkündete. „Das Bildungswesen in Hongkong“, so sagte Dong, „soll seine Vielfalt behalten und die Stärken der chinesischen und westlichen Kultur in sich vereinen. Es soll ferner das Verständnis der Schüler und Studenten für die chinesische Kultur und Geschichte verbessern, damit sie sich mehr um die Zukunft unseres Landes sorgen.“ Er hoffe insbesondere, daß die Hongkonger Jugend im nächsten Jahrhundert die traditionellen chinesischen Tugenden schätzen werde. Als Bildungsziele nannte er eine ausgewogene ethische, intellektuelle und körperliche Bildung, außerdem die Förderung sozialer Fähigkeiten und Ästhetik. (XNA, 23.7.97) Die drei erstgenannten Ziele erinnern stark an die auf dem Festland gültigen Bildungsziele. Dennoch ist vorerst nicht damit zu rechnen, daß das Hongkonger Bildungssystem an das festlandchinesische angeglichen wird. Dazu sind die Gegebenheiten und die Probleme zu verschieden. Anders als auf dem Festland, wo die neunjährige Schulpflicht erst in gut einem Drittel aller Kreise realisiert ist, wurde in Hongkong die allgemeine, freie neunjährige Schulpflicht bereits 1978 erreicht. Hongkong verfügt somit über ein gut entwickeltes Bildungssystem, das freilich auch gewisse Mängel aufweist.

Einige der Probleme erwähnte Dong in seiner Rede. So soll die Einführung der Ganztagschule für alle Primarschulen beschleunigt werden; ferner soll der Sprachunterricht verbessert und sollen alle Schulen mit Computern ausgestattet werden, um die Schüler mit der Informationstechnologie vertraut zu machen. Auch für eine bessere Lehrerbildung und für eine Modernisierung der tertiären Bildung will sich Dong einsetzen (ebd.). Ein besonderes Problem stellt das Sprachenproblem dar, und zwar in zweifacher Hinsicht. Zum einen

Geplante Notierungen von H-Aktien an der Börse von Hongkong

Unternehmen	geplante Emmission	gepl. Kapitalbeschaffung	Gefördert durch
Zhejiang	Mai	300-400 Mio. US\$	BTW Asia
Beijing North Star	Mai	1 Mrd. HK\$	HSBC
Ninghu Expressway	Mai	4 Mrd. HK\$	HSBC
Janqi Copper	Juni	200 Mio. US\$	ABN, Lynch
China Southern	Juni	250 Mio. US\$	Goldman Sachs
CATIC Shenzhen 1)	Juli	100 Mio. US\$	China Dev.France
Angang Sanxin	Mai	200 Mio. Yuan	ING Baring

1) China Aviation Technology Import and Export Corp (Catic)

Geplante Notierungen von Red Chips an der Hongkonger Börse

Unternehmen	geplante Emmission	gepl. Kapitalbeschaffung	Gefördert durch
Scriven Trading	Mai	150-200 Mio. US\$	Peregine, M.Stanley
Tsinlien	Juni	1 Mrd. HK\$	M. Lynch
Greater Beijing Region Expressway	Mai	150-200 Mio. US\$	NatWest
Chu Kong Shipping	Mai	-k.A.	ABN A. Rothschild
Shenzhen Brewery	Juli	-k.A.	J. Fleming
HK Chaozhou*	April	100-120 Mio. HK\$	CEF Capital, Goldwyn

* Wartete noch auf Genehmigung durch die China Securities Regulatory Commission.

Quelle: SCMP, 10.4.97

geht es um die Konkurrenz Chinesisch/Kantonesisch und Englisch. Während auf der Primarstufe in der Regel Kantonesisch Unterrichtssprache ist, war bis in die jüngste Zeit der Unterricht in einem großen Teil der Sekundarschulen englischsprachig. Erst kürzlich wurde hier für die meisten Schulen Kantonesisch als Unterrichtssprache eingeführt (vgl. C.a., 1997/3, Ü 19). Die Erfahrungen hatten nämlich gelehrt, daß Hongkonger Sekundarschüler, die eine englischsprachige Schule besuchten, keineswegs mit guten Englischkenntnissen aufwarten konnten. Seit Jahren wurden die geringen Englischkenntnisse der Absolventen beklagt. Erst jüngst wurde der sinkende Standard englischer Sprachkenntnisse bei den Aufnahmeprüfungen zur Hochschule, bei denen Englisch als Prüfungsfach obligatorisch ist, wieder bestätigt. Nur gut 40 Prozent der Kandidaten erlangten den erforderlichen Level (SCMP, 11.7.97). Pädagogen versprechen sich bessere Resultate, wenn der Unterricht in der Muttersprache erfolgt und Englisch durch gut qualifizierte Fachlehrer als Fremdsprache gelehrt wird. Die andere Seite des Sprachenproblems ist die Konkurrenz zwischen dem Kantonesischen und dem Hochchinesischen (*putonghua*). Ab dem kommenden Schuljahr wird Hochchinesisch an allen Primar- und Sekundarschulen gelehrt werden, wengleich der Hauptunterricht weiterhin in Kantonesisch erfolgen wird. Der Bedarf an hochchinesischen Sprachkenntnissen wird zweifellos zunehmen, schon jetzt belegen Tausende von Hongkonger Angestellten, insbesondere auch

des öffentlichen Dienstes, entsprechende Sprachkurse (SCMP, 9.6.97), denn die Kontakte mit Festlandchinesen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet erfordern die Kenntnis des Hochchinesischen. Wie weit sich die Hongkonger Schulen auf diesen Bedarf einstellen, wird zu beobachten sein. -st-

30 Red chip-Boom ungebrochen

Ende Juni d.J. kündigte der Staatsrat in Beijing an, daß die Notierung festlandchinesischer Unternehmen an der Hongkonger Börse, die sogenannten *red chips*, strenger überwacht werden wird. Vorgesehen sind insbesondere jährliche Quoten für Notierungen sowie Vermögensübertragungen, die von den entsprechenden Regierungsstellen in China genehmigt werden müssen. Die Hongkonger Börse hat diesem Verfahren zugestimmt. (AWSJ, 24.6.97)

Hintergrund ist der hohe Kapitalabfluß (siehe die Übersicht Zahlungsbilanz 1996) aus China, von dem vermutet wird, daß ein großer Teil aus festlandchinesischen Staatsunternehmen stammt und für die Gründung von Unternehmen in Hongkong eingesetzt wird. Die Nachfrage an der Hongkonger Börse nach Aktien der *red chips* ist sehr groß, da hohe Gewinnerwartungen in die Unternehmen gesetzt werden, wobei diese Erwartungen vor allem auf politischen Verbindungen der Unternehmen in Festlandchina basieren.

Die *red chips* dominieren die Hongkonger Marktaktivitäten und verändern

das wirtschaftliche Gleichgewicht. Im letzten Jahr haben die *red chips* Geldmittel in Höhe von mehr als 11 Mrd. US\$ durch die Plazierung neuer Aktien am Hongkonger Markt beschafft. Dies war fast ein Viertel des Volumens der gesamten Plazierungen. Investoren, die hoffen, von den Verbindungen dieser Unternehmen zum Festland profitieren zu können, haben diese Aktien stark nachgefragt, so daß die Preise für *red chips* im Vergleich zum Vorjahr um rd. 70% gestiegen sind.

Die rd. 40 *red chips* tragen inzwischen mit ca. 7% zur Kapitalisierung der Hongkonger Börse bei. Der Aufstieg dieser Unternehmen ist offensichtlich, jedoch bleiben manche Fragen dazu offen. So fragen die Investoren nach der Identität und den Strategien der Unternehmen und ob ihr Aufstieg von Dauer ist. Mit Blick auf die Integration Hongkongs in den chinesischen Staatsverbund fragen sich die Investoren, ob die *red chips* die Geschäftsbasis Hongkongs unterminieren und seine versprochene Autonomie infrage stellen oder aufrechterhalten werden.

Diese Befürchtungen stammen teilweise aus der Abstammung der *red chips*, die meistens als kommerzielle Arme der Ministerien sowie der Zentralregierung und der Provinzregierungen Festlandchinas arbeiten. Z.B. wurde die Citic Pacific vom Staatsrat gegründet, der gleichzeitig einen Kontrollanteil an China Everbright hat, dem Finanz- und Handelskonglomerat. Andere Beispiele sind China Resources, ein Geschäftsarm des MOF-TEC, und China Poly, ein Handelsarm

der VBA, der einen Anteil von 30% an Continental Mariner, einem kleinen, jedoch aufstrebendem red chip hält. Das Risiko besteht darin, daß politische statt wirtschaftliche Motive die Strategien prägen und daß die Transparenz bei Geschäften im Dunklen bleibt durch den Einfluß vom Festland.

Der Zustrom von festlandchinesischem Kapital nach Hongkong hat sich in letzter Zeit nochmals verstärkt. Einerseits erhöhte sich die Zahl der Unternehmen, die in China ihren Sitz haben und an der Hongkonger Börse H-Aktien zur Kapitalbeschaffung begeben dürfen. Andererseits stieg die Anzahl der sogenannten red chips. Allein im Mai und Juni standen 13 Unternehmen auf der Warteliste, die entweder H-Aktien begeben wollten oder direkt als in Hongkong gegründete Unternehmen an der Börse notieren wollten.

Marktanalysten sehen derzeit in Hongkong einen Markt, der in verschiedene Segmente zerfällt. Einerseits gibt es die sehr populären red chips sowie eine Reihe erster Adressen, die den Hang Seng Index bestimmen, allerdings in ihrer Entwicklung von der Wall Street abhängen. Dazu zählen die größten Unternehmen auf dem Markt wie das HSBC-Holdings PLC Bankempire, das zu 22,5% den Index bestimmt, und die Hutchison Whampoa Ltd., die Beteiligungen im Bereich Hafen, Einzelhandel, Immobilien und im Ölgeschäft hält. Die Aktien dieser Unternehmen werden durch Wall-Street-Entwicklungen beeinflusst. Obwohl der Hang Seng-Index in diesem Jahr deutlich stieg, sind 24 der 33 Aktienwerte seit Januar gefallen.

Der nicht mit Festlandchina verbundene Markt teilt sich auf in ein Drittel Immobilienunternehmen. Die starke Abhängigkeit von lokalen Immobiliengewinnen unterscheidet Hongkong von anderen *emerging markets*. Ein anderes Merkmal Hongkongs ist der rigide festgelegte Wechselkurs, der dazu führt, daß der lokale Wechselkurs sich zusammen mit dem US\$ -Wechselkurs entwickelt. Marktanalysen empfehlen demnach jedem, der herausfinden will, wie sich der Markt in Zukunft entwickelt, sich mit dem Währungssystem sowie mit dem Immobilienmarkt zu beschäftigen. (SCMP, 6.3.97; 24.2.97; HB, 23.6.97; AWSJ, 23.6.97) -schü-

31 Festlandchinesische Investitionen in Hongkong

Obwohl keine exakten Daten zum Umfang der Investitionen Festlandchinas in Hongkong vorliegen, gehen Experten davon aus, daß Chinas Investitionen Anfang der 90er Jahre größer waren als die der USA und Japans als den bis dahin wichtigsten Investoren. Schätzungen über den Umfang der Investitionen basieren auf den Berechnungen von Vermögenswerten der in HK an der Börse notierenden Unternehmen und auf den Vermögenswerten der BOC-Gruppe. Die Schätzungen kommen für 1993 zu einem Investitionsvolumen von rd. 15 Mrd. US\$. (Sung, Yun-Wing (1996), *Chinese Outward Investment in Hong Kong: Trends, Prospects and Policy Implications*, OECD Development Centre, S. 16 f.) Unter Berücksichtigung der seit 1993 sehr schnell gestiegenen Investitionen und Anzahl von Unternehmen aus dem Festland, die an der Hongkonger Börse notieren, wird der Wert der Investitionen Chinas in Hongkong auf rd. 25 Mrd. US\$ geschätzt (SCMP, 2.2.97) - also mehr als ein Drittel der Investitionen, die Hongkonger Unternehmen auf dem chinesischen Festland getätigt haben.

Festlandchinas wirtschaftliche Präsenz in wichtigen Branchen der Hongkonger Wirtschaft

Branchen	Anteile 1994 (%)	Anteile 1996 (%)
Außenhandel	20	22
Banken	10	25
Versicherungen	20	21
Verarb. Gewerbe	11 1)	k.A.
Schifftransport	10 2)	25 3)
Immobilien	20-30 4)	k.A.
Börsennotierungen	k.A.	8,2 5)

Anmerkungen: 1) bezieht sich auf kumulative Investitionen, 2) Durchschnitt von 1992-94; 3) bezieht sich auf Schifftransport- und Transportabwicklung; 4) Transaktionen 1993; 5) Marktkapitalisierung Quelle: Angaben für 1994 in Sung, a.a.O.; Angaben für 1996 aus *South China Morning Post*, 2.2.1997

Welchen Anteil an den Hongkonger Wirtschaftsbranchen haben chinesische Unternehmen vom Festland inzwischen durch ihre Investitionen erlangt? Bezogen auf das Jahr 1994 und 1996 kann festgestellt werden, daß diese Unternehmen in den Branchen Außenhandel, Banken, Versicherungen, Schifftransport, Immobilien, Tourismus und verarbeitendes Gewerbe einen nicht unerheblichen und wachsenden Anteil aufweisen.

Festlandchinesische Unternehmen, die besonders hohe Anteile an einzelnen

Branchen aufweisen, sind neben der BOC-Gruppe

- China Resources Group, die rd. 20% des Hongkonger Außenhandel kontrollieren;
- China Insurance Holdings Company, die 20% des Marktes kontrollieren
- China Merchants Group, die 10% des Schiffstransport kontrollieren

Die festlandchinesischen Unternehmen werden durch die Beijinger Regierung über die Ernennung der Spitzenmanager kontrolliert. Die Zahl der in Hongkong arbeitenden Personen in solchen Unternehmen wird für 1993 mit rd. 10.000 angegeben und inzwischen wird ihre Zahl um einiges gestiegen sein.. Die in Hongkong gegründeten Unternehmen können verschiedenen Ebenen der chinesischen Regierung zugeordnet werden.

Wie eng die einflußreichsten festlandchinesischen Unternehmen mit hochrangigen Politikern verbunden sind, zeigt die folgende Tabelle. Die Präsenz der „Prinzengarde“, der Söhne und in manchen Fällen auch Töchtern hoher Funktionäre in Hongkong ist bemerkenswert. Oftmals haben Hongkonger Unternehmen den Politikerkindern den Kauf von börsennotierter Unternehmen erleichtert, um ihre eigenen Beziehungen zur politischen Führung in Beijing zu verbessern. Xu Jiatus, der ehemalige Leiter der Xinhua-Nachrichtenagentur, der nach dem Tiananmen-Zwischenfall in die USA geflohen ist, beklagt in seinen Berichten, daß das Verhalten dieser Unternehmen von Kindern hochrangiger Persönlichkeiten nicht kontrollierbar war. Insgesamt nannte Xu 1993 rd. 200 Kinder hochrangiger Kader, die in Hongkong Geschäfte machen.

Macau

32 Neuer Spielkasino-Vertrag über die Rückgabe Macaus an China 1999 hinausunterzeichnet

Die Regierung von Macau und die Firma STDM (Sociedade de Turismo e Diversoes de Macau) haben am 23. Juli einen neuen Vertrag über das Monopol des Spielkasinos bis zum Jahr 2001 unterzeichnet. Die